

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.12.2025
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:08 Uhr
Ort, Raum:	Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- | | | |
|---|--|-----------|
| 1 | Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglied | 2025/0725 |
| 2 | Nachbesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien | 2025/0727 |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 und Entlastung des Oberbürgermeisters | 2025/0674 |
| 5 | Beschluss der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig | 2025/0702 |
| 6 | Bebauungsplan „Vordere Rieffstraße, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; Beschluss als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB | 2025/0701 |

7	Hebesatzsatzung 2026	2025/0656
8	Forstwirtschaftsplan 2026	2025/0718
9	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Investitionsprogramm und Stellenplan 2026	2025/0707
9.1	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026, Anpassung LuKIFG	2025/0707--001
9.1.1	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026	2025/0707-001
9.2	Investitionsprogramm 2026, Anpassung LuKIFG	2025/0707--002
9.2.1	Investitionsprogramm 2026	2025/0707-002
9.3	Stellenplan 2026	2025/0707-003
10	Antragstellung nach § 8 Absatz 4 und 5 Saarlandpaktgesetz (SPaktG)	2025/0708
11	Teilnahme an der neuen Förderperiode der "Aktion Wasserzeichen" und Erlass der Förderrichtlinie	2025/0731
12	Verlängerung Mietvertrag Pfarrzentrum Hilbringen	2025/0446-001
13	Änderung des Durchführungsvertrags "Sehläcker"	2025/0743
14	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglied

2025/0725
zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende verpflichtet das neue Stadtratsmitglied Adrien Guinemer (SPD) gemäß § 33 Abs. 2 KSVG durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung seines Amtes und zur Verschwiegenheit.

Beschluss:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

2 Nachbesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien

2025/0727
ungeändert beschlossen

Die SPD-Fraktion benennt Adrien Guinemer als Mitglied in den folgenden Gremien:

- Ausschuss für Familie, Soziales und Freizeit,
- Werksausschuss,
- Ausschuss für Grundstücksangelegenheiten, Wald und Friedhofswesen,
- Arbeitsgruppe „Containerstandorte“
- Aufsichtsrat der Merziger Verwaltungsgesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH/mbH + Co. KG (Vertreter)
- Aufsichtsrat Merziger Bäder GmbH (Vertreter)
- Integrationsbeirat

Beschluss:

Die im Sachverhalt genannten Gremien werden mit Adrien Guinemer besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

3 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

4 Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2023 und Entlastung des Oberbürgermeisters 2025/0674 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Gemäß § 42 Abs. 3 Kommunalverfassungsgesetz (KSVG) bestellt der Stadtrat bei Sitzungen, in denen über den Jahresabschluss beraten wird, für diesen Tagesordnungspunkt eine besondere Vorsitzende oder einen besonderen Vorsitzenden. Er weist darauf hin, dass Frau Darimont-Doll gemäß § 101 Abs. 1 S. 5 KSVG kein Stimmrecht habe, da sie den Oberbürgermeister im betreffenden Zeitraum 2023 als ehrenamtliche Beigeordnete vertreten habe.

Stadtratsmitglied Klein (CDU-Fraktion) teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss Stadtratsmitglied Matthias Kautenburger als besonderen Vorsitzenden vorgeschlagen habe.

Aus der Mitte des Stadtrates wird Matthias Kautenburger (SPD) mit 39 Ja-Stimmen einstimmig zum besonderen Vorsitzenden bestellt.

Der besondere Vorsitzende führt aus, der Rechnungsprüfungsausschuss habe sich in seiner Sitzung am 9. Dezember 2025 mit dem Jahresabschluss 2023 beschäftigt. In der Sitzung sei das Rechenwerk eingehend erläutert worden. Der Jahresabschluss 2023 schließe mit einem Jahresfehlbetrag von -5.522.989,42 € ab. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe dem Stadtrat jeweils einstimmig empfohlen, den geprüften Abschluss festzustellen, den Fehlbetrag in Höhe von -5.522.989,42 € durch Verringerung der Ausgleichsrücklage auszugleichen und den Oberbürgermeister zu entlasten. Einzelheiten zu den Zahlen seien dem Prüfbericht zu entnehmen.

Fraktionsvorsitzender Morbe (FWM/FDP-Fraktion) bedankt sich für die gute Sitzungsleitung des Rechnungsprüfungsausschusses. Aus Sicht der FWM/FDP-Fraktion stehe der Entlastung des Oberbürgermeisters nichts im Wege. Er erkundigt sich nach dem Budget-Stadtmarketing in der Coronazeit. Er schlage der Verwaltung vor, darauf zu achten, dass das Budget nur noch auf das Mindestbudget aufgestockt werde.

Ressortleiter Beul teilt mit, dass im ersten Coronajahr der reguläre Betrag des Stadtmarketingbudgets im Haushalt angesetzt gewesen sei, dieses aber nicht in Anspruch genommen werden konnte. In den Folgejahren sei der Ansatz des Stadtmarketing bewusst reduziert worden, da noch Mittel aus den Coronajahren zur Verfügung gestanden hätten. Die aktuell zusehende Erhöhung des Stadtmarketingbudgets resultiere aus der Rückkehr zur Normalität.

Der besondere Vorsitzende bedankt sich bei Ressortleiter Beul und Geschäftsbereichsleiterin Süßmilch sowie dem gesamten Team für die Fertigstellung des Jahresabschlusses, die gute Sitzungsvorbereitung und die Beantwortung aller Fragen in der Ausschusssitzung.

Nach der Abstimmung und Rückübertragung der Sitzungsleitung an Oberbürgermeister Hoffeld bedankt dieser sich bei Herrn Kautenburger für die Sitzungsleitung und dem Rat für die Entlastung.

Beschluss:

1. Der vorliegende geprüfte Jahresabschluss wird festgestellt.
2. Der Ausgleich des Fehlbetrages in Höhe von -5.522.989,42 € erfolgt durch Verringerung der Ausgleichsrücklage.
3. Dem Oberbürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis 1:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Abstimmungsergebnis 2:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Abstimmungsergebnis 3:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Da die Stadtverordnete Darimont-Doll (CDU) den Oberbürgermeister im betreffenden Zeitraum 2023 als ehrenamtliche Beigeordnete vertreten hat, hat sie gemäß § 101 Abs. 1 S. 5 KSVG kein Stimmrecht und somit nicht an der Abstimmung teilgenommen.

5 Beschluss der Teiländerung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig

2025/0702
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende teilt mit, dass es in diesem Bereich der Rieffstraße vorangehe. Bereits in der letzten Stadtratssitzung sei der Bau eines neuen Edeka-Marktes beschlossen worden. In diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt solle über den Neubau von Kaufland abgestimmt werden. Er bedanke sich bei den Verantwortlichen von Kaufland für die konstruktiven und zielführenden Gespräche der letzten Monate und bitte um Zustimmung für diesen und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten, in der beigefügten Anlage (Abwägungsvorschlag) aufgelisteten Anregungen und Hinweise aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB seitens der Bürgerinnen und Bürger, sowie aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und aus der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen und soweit abwägungsbeachtlich entsprechend dem in der Anlage ersichtlichen Abwägungsvorschlag beschlossen.
2. Die Teiländerung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanes „Vordere Rieffstraße“ im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

6 **Bebauungsplan „Vordere Rieffstraße, Teilbereich A“ in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; Beschluss als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB** **2025/0701**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage.

Beschluss:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten, in der beigefügten Anlage (Abwägungsvorschlag) aufgelisteten Anregungen und Hinweise aus der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB werden zur Kenntnis genommen und soweit abwägungsbeachtlich entsprechend dem in der Anlage ersichtlichen Abwägungsvorschlag beschlossen.
2. Der Bebauungsplan „Vordere Rieffstraße, Teilbereich A“, bestehend aus Planzeichnung (Teil A), Textteil (Teil B) und Begründung, wird gebilligt und gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der jetzt vorliegenden Form als Satzung beschlossen.
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden, die sich zur Planung geäußert haben, wie auch die Bürgerinnen und Bürger, die Stellungnahmen abgegeben haben, sind von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.
Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

7 Hebesatzsatzung 2026

2025/0656
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Die Erhöhung der Hebesätze sei eine Vorgabe der Kommunalaufsicht. Noch in diesem Jahr müsse man schriftlich mitteilen, dass die Hebesätze ab dem Jahr 2026 erhöht werden. Er spricht ganz offen aus, dass diese Vorlage der Stadtverwaltung schwerfalle und man gerne auf eine Erhöhung verzichtet hätte. In den letzten Jahren habe man immer auf Steuererhöhungen verzichtet. Daher habe man heute im Vergleich zu anderen Kommunen relativ gesehen äußerst niedrige Sätze. Würde man jedoch vorschlagen erneut auf eine Steuererhöhung zu verzichten, so gehe man das Risiko ein, dass der Haushalt 2026 nicht genehmigt werde und man dadurch nahezu handlungsunfähig werde. Um dies zu vermeiden schlage man schweren Herzens die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer vor. Die vorgeschlagenen Erhöhungen seien moderat.

Beschluss:

Die beigefügte Hebesatzsatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	9

8 Forstwirtschaftsplan 2026

2025/0718
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende dankt dem verantwortlichen Förster Simon Jäger und seinem Team für das vertrauensvolle und verlässliche Miteinander. Er bitte um Zustimmung des Forstwirtschaftsplans 2026.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU-Fraktion) teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Forstwirtschaftsplan 2026 zustimmen werde. Er sei davon überzeugt, dass mit dem neuen Förster die gute Arbeit fortgeführt werde. In den letzten Jahren habe man, auch durch die Beschlüsse des Stadtrates, im Gegensatz zu anderen Kommunen, eine sehr breite Streuung von Baumarten vorgenommen, so dass man von kahlgeschlagenen Waldflächen nicht so stark betroffen sei. Dies sei ein Verdienst des Stadtrates und der Verwaltung und auch anhand der Zahlen ersichtlich. Der Holzvorrat der Kreisstadt Merzig sei entsprechend höher als in anderen Kommunen. Nichtsdestotrotz würden auch Einschnitte vorgenommen werden, um dem regionalen Bedarf gerecht zu werden. Man

werde beobachten, wie es in den nächsten Jahren weitergehen werde. Die letzten Forsteinrichtungen seien vor etlichen Jahren geschlossen worden. Nun gelte es zu schauen, wie es um den Wald bestellt sei. Um zu sehen, ob die Zahlen angepasst werden müssen oder nicht. Für gut befunden werde, dass sich der Brennholzverkauf deutlich verbessert habe. So sei das EC-Cash-System eingeführt worden, welches die Abläufe reibungsloser mache. Diese vielen positiven Rückmeldungen zum Holzerwerb wolle man heute weitergeben. Man wolle den Wald in den nächsten Jahren so aufstellen, wie ihn auch die nachfolgenden Generationen brauchen werden. Daher werde die CDU-Fraktion dem Beschluss zustimmen.

Stadtratsmitglied Fischer (SPD-Fraktion) spricht im Namen der SPD-Fraktion Herrn Simon Jäger sowie allen beteiligten Mitarbeitern Dank für ihre geleistete Arbeit aus. Der Waldumbau werde den Stadtrat auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen. Von Vorteil seien die strukturreichen Arten der Wälder mit hohem Laubholzanteil und weniger werdenden Nadelhölzern. Die SPD-Fraktion werde dem Beschluss zustimmen.

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan 2026 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

Ab TOP 8 ist Stadtratsmitglied Brausch (SPD) bei den Abstimmungen anwesend.

9 **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Investitionsprogramm und Stellenplan 2026** 2025/0707

9.1 **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026, Anpassung LuKIFG** 2025/0707--001
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt an, dass die Kommunen seit Jahren vor beispiellosen Herausforderungen stünden. Schon in den vergangenen Jahren sei die Haushaltsaufstellung ein schwieriges Unterfangen gewesen. Allerdings müsse man für das Jahr 2026 feststellen, dass sich die Rahmenbedingungen nicht nur verschärft haben, sondern eine Dimension erreicht hätten, welche die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kreisstadt Merzig erheblich übersteige. Dies betreffe aber nicht nur die Kreisstadt Merzig, sondern sämtliche saarländische Kommunen.

Trotz aller verwaltungsinternen Anstrengungen zu Sparen sei das Zahlenwerk, welches heute vorgelegt werde, von einer harten Realität geprägt. Der Ergebnishaushalt 2026 schließe, obwohl intern notwendige Wünsche bereits rausgestrichen worden seien, mit einem Fehlbetrag von rund 16,8 Millionen Euro ab. Dies sei eine Summe, die man aus eigener Kraft nicht

mehr kompensieren könne. Die Gründe für diese Schieflage seien vielfältig. Sie seien die gleichen wie in den Vorjahren, aber in ihrer Auswirkung noch drastischer.

Besonders drei Positionen, auf welche die Kreisstadt Merzig keinen Einfluss habe, würden riesige Löcher in den städtischen Haushalt reißen. So breche die Einnahmeseite in großen Teilen weg. Während bei den Steuereinnahmen noch leichte Zuwächse zu verzeichnen seien, müsse man bei den Schlüsselzuweisungen des Landes einen massiven Einbruch von rund 7,5 Millionen Euro verkraften. Geld, welches fest eingeplant gewesen sei und nun fehle. Ein weiterer Punkt sei die explodierende Kreisumlage. Der Landkreis habe seinen Fehlbedarf historisch gesteigert. Für die Kreisstadt Merzig bedeute dies eine Mehrbelastung von rund 5,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Dies sei hauptsächlich auf die steigenden Kosten des Landeskreises in den Bereichen Jugend und Soziales sowie auf die Finanzierung des SHG-Klinikums zurückzuführen. Zudem würden sich die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und die inflationsbedingten Preissteigerungen, beispielsweise in der Bewirtschaftung der städtischen Gebäude, im Ergebnis auswirken.

Der Saarlandpakt, der die finanzielle Handlungsfähigkeit sichern solle, sehe einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor. Aufgrund der genannten Faktoren, Einbruch der Zuweisungen und Explosion der Kreisumlage, sei dies für 2026 faktisch unmöglich. Um dies überhaupt erreichen können, hätte man die Gewerbesteuer auf 900 Punkte und die Grundsteuer B auf 565 Punkte erhöhen müssen. Dies wäre unrealistisch und unzumutbar gewesen. Man werde daher, wie bereits im Vorjahr mit der Kommunalaufsicht abgesprochen, beim Innenministerium beantragen, eine außergewöhnliche Notsituation anzuerkennen.

Trotz dieser extrem schwierigen finanziellen Situation dürfe man nicht in Stillstand verfallen. Man müsse trotz all dieser Herausforderungen positiv nach vorne blicken und das Beste aus der Situation machen. Denn auch wenn die Kreisstadt Merzig, sowie alle anderen Kommunen im Saarland, finanzielle Nöte habe, sei sie attraktiv und man tue alles dafür sie Stück für Stück gemeinsam noch attraktiver zu machen.

Man werde daher auch im Jahr 2026 wichtige Investitionen in die Zukunft tätigen, von denen die Menschen in der Kreisstadt Merzig auch langfristig profitieren werden. Das Gesamtinvestitionsvolumen liege bei rund 20,5 Millionen Euro.

Einige Schwerpunkte seien im Bereich der Feuerwehren zu sehen. Hier werde man massiv in die Sicherheit investieren. Dazu gehörten beispielsweise neue Fahrzeuge sowie der Neubau bzw. die Sanierung der Feuerwehrgereätehäuser, unter anderem in Mechern und Wellingen. Hinsichtlich des Themas Sicherheit insgesamt investiere man in den Hochwasserschutz, insbesondere sollen am Seffersbach-Pumpwerk wichtige Maßnahmen durchgeführt werden. Im Bereich der Bildung und Betreuung treibe man den Ausbau und die Sanierung der Grundschulen weiter voran, insbesondere im Hinblick auf die Nachmittagsbetreuung, die Digitalisierung und den Brandschutz. Auch in die städtischen Kitas werde man viel investieren. Im Bereich der Stadtentwicklung sei beispielhaft die Umgestaltung der „Neuen Mitte Merzig“ zu erwähnen. Auch energetische Maßnahmen stünden an: Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED werde fortgesetzt, um Energiekosten langfristig zu senken.

Obwohl es gelungen sei, einen Haushalt vorlegen, werde man nicht müde eine Veränderung der Finanzsystematik von Land und Bund zu fordern. So fordere man Veränderungen hinsichtlich der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs, eine Reformierung

des Saarlandpaktes, der Altschuldenlösung und der Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Man erwarte, dass die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene über Parteigrenzen hinweg endlich handelten. Die Reformierung des Finanzsystems sei schon lange überfällig.

Dies betreffe auch den Bürokratieabbau. Leider stelle man fest, dass sich außer Ankündigungen nichts tue. Man erlebe keinen Bürokratieabbau, alles bleibe so bürokratisch wie zuvor. Selbst bei der Beantragung von geringen Fördergeldern sei ein unglaublich bürokratischer Aufwand notwendig, um die Vorgaben der Förderstellen einhalten zu können. Teilweise stelle man sogar fest, dass Abläufe noch bürokratischer würden. Daher bitte man auch um Zustimmung zum Stellenplan und der Höhergruppierungen. Dies sei ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, welche sich täglich neuen Herausforderungen stellen müssten. Angesichts der Tatsache, dass man von übergeordneten Stellen immer mehr neue Aufgaben erhalte, sei ein Abbau von Personal unrealistisch. Er sei froh und dankbar darüber, dass man ein tolles Team bei der Stadtverwaltung habe, welches gemeinsam anpacke und Mehrarbeit nicht verweigere. Nur dadurch gelinge es einen Stellenplan vorzulegen, welcher angesichts der wahrzunehmenden Aufgaben äußerst moderat wachse.

Er danke allen, die an der Erstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben. Ebenso danke er den Mitgliedern des Stadtrates für Beratung und die kommende Verabschiedung. Vor etwas mehr als zwei Wochen habe man das Zahlenwerk zur Verfügung stellen können, da vorher notwendige Angaben für eine seriöse Haushaltsaufstellung gefehlt hätten. Die Stadtratsmitglieder hätten, damit der Haushalt so schnell wie möglich von der Kommunalaufsicht genehmigt werden könne, zugestimmt, mit der Beschlussfassung über den Haushalt nicht bis zum kommenden Jahr zu warten. Dafür spreche er seinen Dank aus.

Dennoch gäbe es eine kleine Ergänzung, welche jedoch nicht inhaltlicher, sondern darstellender Natur sei. Daher seien weitere Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, über die bereits gestern informiert worden sei. An den Zahlen habe sich nichts geändert. Das Ministerium erwarte, dass die Gelder projektbezogen mitgeteilt werden. Dies habe man nun durch die neu zur Verfügung gestellten Unterlagen umgesetzt.

Er bitte die Stadtratsmitglieder um Zustimmung zum Haushalt, zum Investitionsprogramm und zum Stellenplan 2026.

Fraktionsvorsitzende Auweiler (CDU-Fraktion) teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt in seiner Gesamtheit zustimmen werde. Heute läge zum wiederholten Male ein nichtgenehmigungsfähiger Haushalt nach den Vorgaben des Saarlandpaktes vor. Er danke der Stadtverwaltung, welches es ermöglicht habe, zeitnah einen nichtgenehmigungsfähigen Haushalt auszuarbeiten, um diesen zur Genehmigung frühzeitig vorzulegen zu können. Dies habe den Vorteil, dass man im Jahr 2026 frühzeitig die Möglichkeit habe, dass dieser zügig genehmigt werde. Trotz angespannter Haushaltslage würden 20,5 Millionen Euro in notwendige Investitionen, wie Bildung, Sicherheit und Verbesserung der Lebensqualität in allen 17 Stadtteilen getätigt werden. Er bekunde aber auch seinen Unmut darüber, dass vieles von höherer Stelle beschlossen werde und die Kreisstadt Merzig letztendlich auf diesen Kosten sitzen bleibe. Dies dürfe man sich nicht länger gefallen lassen.

Kürzungen seien leider in allen Bereichen notwendig gewesen. In einigen Bereichen habe man, aufgrund der gestiegenen Kosten, eine Erhöhung vornehmen müssen, damit das Gemeinwesen gewährleistet werden könne. Lohn- und Materialkosten seien sowohl

in der Verwaltung, als auch in den Ortsräten und Ortsteilen gestiegen. Daher werde man sich auch hinsichtlich dieser Thematik im kommenden Jahr befassen müssen. Man wolle für das Jahr 2027 bezüglich des Ortsratsbudget einen höheren Ansatz erhalten, um eine bedarfsgerechte Daseinsfürsorge gewährleisten zu können. Die CDU-Fraktion werde natürlich auch dem Antrag auf Ausnahmegenehmigung zustimmen und sei darauf gespannt, wie der Sanierungsrat in Zukunft mit der Kreisstadt Merzig umgehen werde. Man könne zum heutigen Zeitpunkt nicht wissen, wie eine mögliche Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik aussehen werde. Er hoffe darauf, dass erkannt werde, dass die Kommunen finanziell an der Wand stünden. Wichtig sei, dass man den verfassungsmäßigen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung nachkomme. Dies bedeute, man dürfe nicht nur verwalten, sondern solle auch gestalten. Diesen Prozess werde man kritisch begleiten.

Ferner müsse man die Ausgabenseite betrachten. So stelle die Kreisumlage 35 % der Ausgaben da. Durch die Erhöhung der Kreisumlage habe man eine Steigerung von 20 auf 35 Millionen Euro von 2020 bis 2026. Dies sei angesichts des kurzen Zeitfensters enorm. Jedoch müsse auch der Landkreis seine Pflichtaufgaben erfüllen. Ebenso koste der Erhalt des SHG-Klinikums einiges an Geld, auch wenn die CDU-Stadtratsfraktion sich die Finanzierung anders gewünscht habe.

Bei weiterer Betrachtung des Kreishaushaltes fiel auf, dass man einen großen Part der Sozialleistungen mittrage. Hier müsse man hinterfragen, ob alle gezahlten Sozialleistungen sinnvoll und notwendig seien. Auch hierüber sollte eine sachliche Diskussion geführt werden.

Er bitte den Vorsitzenden die Problematik bezüglich der hohen finanziellen Belastung der Kommunen mit in die nächste Sitzung des Saarländischen Städte- und Gemeindetages zu nehmen um eine parteiübergreifende Resolution der Kommunen erreichen zu können.

Im Hinblick auf den Finanzbedarf der Kreisstadt Merzig sollten die in vorliegenden Standards überdacht werden. Man müsse sich die Frage stellen, ob man an diesen Standards festhalten, diese reformieren oder reduzieren sollte. Dies sollte man an Landes- und Bundesebene weitertragen.

Ferner werde auch die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches gefordert. Es müsse endlich etwas passieren, um eine gerechte Verteilung zu erreichen. Daher sehe die CDU-Fraktion dringenden Reformbedarf des Saarlandpaktes, des kommunalen Finanzausgleiches sowie der Finanzbeziehung Bund-Länder.

Angesichts der erkennbaren Schieflage aufgrund der Reduzierung der Schlüsselzuweisungen und der gestiegenen Kreisumlage sei es wichtig, dass die Kommunen als zentraler Lebensort gesehen und berücksichtigt werden. In den Kommunen würden die Entscheidungen getroffen werden, welche auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger betreffen. Aufgrund dessen müssten die Rahmenbedingungen stimmen. Neben den Pflichtaufgaben investiere man auch in sogenannten „Freiwillige Leistungen“. Im Hinblick auf die Zahlen stelle man jedoch fest, dass der Gestaltungsspielraum um einiges kleiner geworden sei. Hinzu kämen die Sorgen um Investitionskosten, unsicheren Förderbedingungen sowie um die Zinstilgungen der Sonderkredite.

Trotz allem spiegele der vorliegende Haushaltsentwurf sehr viele Punkte wider, welche die CDU-Fraktion befürworte. Man investiere in die Kitas und Schulen, um den vorgege-

benen Rechtsanspruch zu erfüllen. Ebenso werde in die Feuerwehren investiert. Er danke sich an dieser Stelle bei allen ehrenamtlichen Wehrleuten für ihr Engagement.

Ferner unterstütze man die Vereine, die dafür sorgten, dass es in Merzig liebens- und lebenswert zugehe.

Bezüglich der Verlagerung des Baubetriebshofes sei die CDU-Fraktion positiv gestimmt. Auch die Investition in das Personalgebäude Archepark werde befürwortet, da dies dringend notwendig sei. Weitere Projekte, die in den kommenden Jahren umgesetzt würden, seien die Weiterführung des Stadtteilbudgets, das Hochwasserpumpwerk, das Starkregenkonzept, die „Neue Mitte Merzig“ und viele weitere.

Hinsichtlich des Zufahrtsschutzes sehe man, dass man Veranstaltungen nahezu hermetisch abriegele. Auch das Thema Veranstaltungssicherheit müsse auf anderer Ebene angepackt werden.

Seine Fraktion stimme dem Stellenplan zu. Es sei wichtig, dass die unteren Lohngruppen angehoben würden und Mitarbeiter verdiente Beförderungen erhielten, um Fachkräfte zu erhalten und der sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

Wünsche habe man zwar noch viele, dennoch stimme die CDU-Fraktion dem Haushaltsplan und dem Stellenplan zu.

Fraktionsvorsitzende Oehm (SPD-Fraktion) teilt mit, dass der vorliegende Haushaltsplan die Kreisstadt Merzig wieder vor neue Herausforderungen stelle. Die finanziellen Spielräume seien eng, die Belastungen hoch. Trotzdem stehe man in der Verantwortung die Kreisstadt Merzig handlungsfähig, sozial gerecht und zukunftsfest weiterzuentwickeln.

Die SPD-Fraktion sei sich dieser Verantwortung bewusst. Sie wisse, dass Haushaltsberatungen kein Wunschkonzert seien, sondern ein Abwägen zwischen Notwendigem, Machbarem und Verantwortbarem. Umso wichtiger sei es, Prioritäten zu setzen. Die Entwicklung zeige deutlich, dass die Kommunen mit immer weniger werdenden Mitteln aber gleichzeitig mit immer mehr werdenden Aufgaben ihre Verantwortung vor Ort nicht mehr gut erfüllen könnten. Es brauche eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleiches. Eine, welche nicht nur verteile, sondern das System insgesamt stärke. Die stetige Diskussion über eine Altschuldenreglung im Bund, welche die Kommunen spürbare finanzielle, rechtliche und strukturelle Entlastungen bringen würde, wäre ein zentraler Schritt, der dazu führen könnte, die Kommunen nachhaltig zu entlasten.

Die finanzielle Situation der Kreisstadt Merzig sei durch die Steigerung der Umlagen, der hohen Pflichtausgaben und der unsicheren Rahmenbedingungen angespannt und schränke deutlich den Gesamtspielraum ein. Gleichzeitig dürfe man nicht den Fehler machen ausschließlich zu verwalten und somit auf der Stelle zu treten. Trotz der schwierigen Lage enthalte der Haushalt Investitionen in Höhe von rund 20 Millionen Euro. Der Haushalt zeige, dass die Stadt Merzig handlungsfähig bleibe, dies sei gut und notwendig. Man werde Investitionsmittel des Bundes, welche in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden, in Höhe von rund 16 Millionen Euro nutzen. Zu diesen werde auch die SPD-Fraktion im nächsten Jahr eigene Ideen und Anträge einbringen. Ferner sei er erfreut darüber, dass das Programm für die Sanierung der Schwimmbäder im nächsten Jahr starten werde.

Die Stärkung der Feuerwehren bleibe für die SPD-Fraktion ein zentraler Schwerpunkt, da sie das Rückgrat der öffentlichen Sicherheit sei, getragen von engagierten Menschen,

größtenteils im Ehrenamt. Investitionen in Fahrzeuge, in Gerätehäuser und in Ausstattung seien keine freiwilligen Leistungen, sondern Pflicht gegenüber denjenigen, welche im Ernstfall für die Bevölkerung da seien. Jeder Euro, welcher investiert werde, sei ein Euro für Sicherheit, Zusammenhalt und vor allem Respekt vor ehrenamtlichem Engagement. Er bedanke sich bei allen Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren und den Kameradinnen und Kameraden der weiteren Hilfsdienste.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt sei der Bereich Bildung und Betreuung. Dieser sei der Schlüssel für Chancengleichheit. Der Haushalt setzte hier wichtige Akzente. Er beinhalte wichtige Investitionen in Kitas und Schulen. Hier sei beispielhaft die Ganztagschule an der Kreuzbergschule zu nennen. Es gehe aber um weit mehr als um Gebäude. Es gehe vor allem auch um die Menschen, die dort arbeiten würden. Diese leisteten Tag für Tag gute Arbeit. Diese verdienten nicht nur unseren Dank, sondern auch verlässliche Unterstützung.

Weiterer Aspekt sei die gesundheitliche Versorgung. Die SPD-Fraktion bekenne sich klar zu einer starken, gesundheitlichen Versorgung vor Ort. Das SHG-Klinikum, funktionierenden Gesundheitsstrukturen und sichere Arbeitsplätze seien unverzichtbar für Merzig und die Region. Gesundheit dürfe keine Frage des Wohnortes sein. Die SPD-Fraktion werde sich daher weiterhin dafür einsetzen, dass medizinische Versorgung, Pflege und Gesundheitsinfrastruktur gesichert und weiterentwickelt werden. Er bedanke sich in diesem Sinne auch bei der Stadtverwaltung für ihre Initiativen im Gesundheitsbereich.

Merzig sei nicht nur Stadt oder Zentrum, sondern bestehe aus lebendigen Stadtteilen. Die SPD-Fraktion begrüße Investitionen in Infrastruktur, Straßen, Hochwasserschutz, öffentliche Plätze, in den Baubetriebshof und in die „Neue Mitte Merzig“. In den Stadtteilen seien die Dorfentwicklungskonzepte und das Stadtteilbudget wichtige Bausteine der Weiterentwicklung. Gerade die kleineren Maßnahmen vor Ort würden viel bewirken. Diese stärkten die Identifikation, Ehrenamt und Zusammenhalt. Diese Linie unterstütze man ausdrücklich.

Ferner sei der Klimaschutz ein weiterer wichtiger Schwerpunkt. Klimaschutz sei keine ideologische Frage, sondern eine Frage von Verantwortung, auch finanziell. Die Investitionen in erneuerbare Energien, energetische Sanierungen und nachhaltige Infrastruktur seien Investitionen in geringe Folgekosten und in mehr Unabhängigkeit. Ebenso werde die Weiterentwicklung in das Radverkehrwegekonzept weiterhin unterstützt.

All dies sei nichts, ohne die Menschen, die dies umsetzen würden. Daher komme er nun auf den Stellenplan zu sprechen. Die Verwaltung setze auch in diesem Jahr auf die Ausbildung eigener Kräfte, auch das begrüße man sehr und halte dies für den richtigen Weg. Auch die Höhergruppierungen und Neueinstellungen, die notwendig seien, um als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben, seien eine wichtige und notwendige Strategie. Die SPD-Fraktion halte die Maßnahmen im Stellenplan für sinnvoll, auch in Bezug auf die Übernahmen und Höhergruppierungen sowie die Beförderungen. Daher werde man dem Stellenplan zustimmen.

Er bedanke sich ausdrücklich bei der Stadtverwaltung, den städtischen Gesellschaften, den Stadtwerken sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte Arbeit. Ebenso danke er den vielen ehrenamtlichen Vereinen, Organisationen und Hilfsdiensten, die diese Stadt lebenswert machen würden.

Zusammenfassend sei dieser Haushalt kein einfacher. Er enthalte aber wichtige und

richtige Schwerpunkte. Er lasse nicht viele Sonderwünsche zu, schaffe aber Möglichkeiten durch das Investitionsprogramm des Bundes. Dennoch möchte die SPD-Fraktion die Stadtverwaltung um einen Prüfauftrag bitten. Die Nutzung der Turnhallen in den Ferien sei für die Jugendabteilungen der Vereine nur gegen Entgelt möglich. Der Landkreis habe hier eine Änderung bezüglich seiner Turnhallen vorgenommen und stelle die Hallen in den Ferien nun zu den gleichen Bedingungen wie außerhalb der Ferien zur Verfügung. Im Sinne der Prävention sowie der Kinder- und Jugendarbeit möchte man daher die Verwaltung darum bitten, dieses Thema zu überprüfen und im nächsten Fachausschuss zu beraten.

Die SPD-Fraktion stimme dem Haushalt und dem Stellenplan zu.

Fraktionsvorsitzende Klees (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass dieser Haushalt deutlich aufzeige, dass die Stadt vor großen Herausforderungen stehe. Die aktuelle Finanzlage in Verbindung mit den laufenden Verpflichtungen führe zwangsläufig zu einem Defizit, welches deutlich über dem stehe, welches langfristig zu vertreten sei. Die festen Ausgaben würden schneller wachsen als die Handlungsspielräume, so dass der Haushalt immer stärker von Pflichtaufgaben und Verpflichtungen geprägt sei. Ein großer Teil der Mittel sei gebunden bevor politische Schwerpunkte überhaupt gesetzt werden könnten. Ein erheblicher Anteil der Ausgaben werde durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, oder aufgrund langfristiger vertraglicher Bindung bestimmt. An diesen Stell-schrauben könne man nur sehr bedingt drehen. Aufgrund der Größe dieses Anteils entstehe schnell das bedrückende Gefühl der Enge. Doch dieses Gefühl dürfe nicht lähmen. Es verbleibe Aufgabe, die verbleibenden Spielräume verantwortungsvoll und zielgerichtet zu nutzen. Umso wichtiger sei es, den Blick auf die Bereiche zu richten, in denen Stadtverwaltung und Stadtrat zusammen gestalten könnten. Dort müssten Prioritäten gesetzt und Entscheidungen transparent begründet werden. Hervorheben möchte er die Schwerpunkte Klimaschutz und Energiewende. Zudem sollen Investitionen im Sozialbereich fortgeführt werden. Dies sei von besonderer Bedeutung in Bezug auf Zusammenhalt und Chancengleichheit. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltslage zeige dies, dass die Stadt ihre soziale Verantwortung ernst nehme. So bleibe trotz aller finanziellen Zwänge ein klares Signal der Solidarität und der Orientierung am Wohl der Menschen erkennbar.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Anregungen geprüft werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die angepasste Haushaltssatzung und den angepassten Haushaltsplan 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	0	5

9.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2026
1

2025/0707-001

9.2 Investitionsprogramm 2026, Anpassung LuKIFG

2025/0707--002
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das Investitionsprogramm 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

9.2. Investitionsprogramm 2026
1

2025/0707-002

9.3 Stellenplan 2026

2025/0707-003
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Stellenplan 2026.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

10 Antragstellung nach § 8 Absatz 4 und 5 Saarlandpaktgesetz

2025/0708

Der Vorsitzende teilt mit, dass wie in den vergangenen Jahren der Antrag gestellt werde.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt im Rahmen des Haushaltsgenehmigungsverfahrens für den Haushalt 2026 einen Antrag nach § 8 Absatz 4 und 5 Saarlandpaktgesetz an das Ministerium für Inneres Bauen und Sport zu richten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

11 Teilnahme an der neuen Förderperiode der "Aktion Wasserzeichen" und Erlass der Förderrichtlinie **2025/0731**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage.

Beschluss:

Es wird beschlossen, auch in den Jahren 2026 bis 2028 an dem Förderprogramm „Aktion Wasserzeichen“ der Landesregierung teilzunehmen und die etwas modifizierte in der Anlage beigefügte Förderrichtlinie für diesen Zeitraum in Kraft zu setzen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Landesregierung dem Förderantrag zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

12 Verlängerung Mietvertrag Pfarrzentrum Hilbringen **2025/0446-001**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Es werde vorgeschlagen, dass für das Gebäude eine weitere Anmietung von 12 Jahre vorgenommen werde. Dies habe den Hintergrund, dass durch die Vertragslaufzeit Fördermittelanträge gestellt werden könnten.

Stadtratsmitglied Darimont-Doll (CDU-Fraktion) freue sich darüber, dass das Pfarrzentrum Hilbringen heute auf der Tagesordnung des Stadtrates stehe. Das Pfarrzentrum sei für den Stadtteil Hilbringen von großer Bedeutung. Seit 2016 bestehe ein enger und

konstruktiver Mietvertrag zwischen der Kreisstadt Merzig und der Pfarrei St. Maria Hilbringen. Das Pfarrzentrum sei seither zunehmend zum Herzstück des öffentlichen Lebens in Hilbringen geworden. Dieses sei als ein Ort für Begegnung, Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalts und nicht mehr wegzudenken. Nach bereits erfolgter einjähriger Verlängerung des aktuellen Mietvertrages werde dieser nun am 31.03.2027 enden. Aus Gründen der Planungssicherheit sei es nun notwendig einen Blick in die Zukunft zu werfen. Der langfristige Erhalt, des aus dem Jahr 1970 stammenden Gebäudes, könne nur über eine klare, verlässliche Lösung gesichert werden. Diese Lösung liege heute vor. Nachdem die Verwaltung in den vergangenen Monaten die verschiedenen Handlungsoptionen, nämlich den zeitnahen Ankauf oder einen langfristigen Mietvertrag, intensiv und sorgfältig abgewogen habe, habe man nun dieses Papier vorliegen. Dabei seien alle wichtigen Aspekte für eben diese Langfristigkeit in die Überlegungen miteinbezogen worden. Zum einen die notwendigen Investitionen in die Sanierung der Heizung, die Erneuerung der Fenster, die Dachsanierung und die Erneuerung der Elektrik. Sowie die notwendigen Fördermöglichkeiten auf Landesebene und die finanziellen Auswirkungen der beiden Handlungsmodelle für die Stadt. Nach diesen gründlichen Analysen sei die Empfehlung der Verwaltung klar, überzeugend und wirtschaftlich sinnvoll. Diese Vorgehensweise ermögliche verlässliche Strukturen, Zukunftssicherheit und die fortgesetzte Nutzung des für Hilbringen so zentralen Gebäudes. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Mietzahlungen und Investitionskosten auf einen Ankauf nach Ablauf des langfristigen Mietvertrages angerechnet werden können. Sie bedanke sich bei der Verwaltung für die sorgfältige Vorarbeit. Ebenso danke sie den Mitgliedern des Hauptausschusses und des Ortsrates, welche sich jeweils einstimmig hinter den vorliegenden Vorschlag gestellt hätten. Abschließend danke sie dem Verwaltungsrat der Kirchengemeinde, der in seiner Sitzung am 10.12.2026 ebenfalls seine Zustimmung erklärt habe. Diese breite Zustimmung werte sie als ein starkes Zeichen gemeinsamer Verantwortung für den Stadtteil und der darin lebenden Menschen. Sie bitte die Mitglieder des Stadtrates um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Stadtratsmitglied Brausch (SPD-Fraktion) schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an und betont nochmals, dass das Pfarrzentrum für den Stadtteil Hilbringen besonders wichtig sei. Seit vielen Jahren würden dort Veranstaltungen stattfinden. Andere Alternativen ständen nicht zur Verfügung. Natürlich seien dies Kosten, die angesichts des Haushaltes hinzutreten würden, trotzdem sei dies eine essentielle Ausgabe, welche aus seiner Sicht nicht optional, sondern essentiell sei. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Dem Abschluss eines neuen Mietvertrages mit einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren zwischen der Kreisstadt Merzig und der Katholischen Kirchengemeinde Merzig (Hilbringen) St. Maria für das Pfarrzentrum in Hilbringen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

13 Änderung des Durchführungsvertrags "Sehläcker"

2025/0743

ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage und teilt mit, dass der Fachausschuss Zustimmung empfohlen habe.

Beschluss:

Der Fristverlängerung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

14 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende nutzt, wie auch in den vergangenen Jahren, die Gelegenheit, in der letzten Stadtratssitzung des Jahres, die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2025 in Erinnerung zu rufen.

Trotz einiger großer Herausforderungen sei es gemeinsam gelungen, auch in diesem Jahr für die Kreisstadt Merzig und ihre weitere Entwicklung wichtige Entscheidungen umzusetzen bzw. auf den Weg zu bringen.

Stadtentwicklung

Der Ausbau des Sport- und Freizeitparks; die ersten beiden Bauabschnitte seien fast vollständig abgeschlossen; Maßnahmen zum dritten Bauabschnitt würden seit Sommer 2024 laufen und sollen ebenfalls in den nächsten Wochen abgeschlossen werden.

Das Projekt „Neue Mitte Merzig“. Hier habe es die Schaffung eines neuen und modernen Zentrums mit Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gegeben. Zusammen mit der geplanten Neugestaltung der Brauerstraße und des Kretzschmarplatzes werde sich die Verbindung zwischen „Neue Mitte“ und Fußgängerzone maßgeblich verbessern. Und auch für den Bereich, der noch nicht bebaut bzw. entwickelt sei, seien intensive Gespräche geführt worden. Interessenten seien mit dem Grundstückseigentümer zusammengebracht worden und man hoffe, dass man im Laufe der nächsten Monate positive Abschlüsse mitteilen könne, so dass die weitere Entwicklung vorangehe.

Die Ansiedlung von Edeka und die Rückkehr von Kaufland. Die Bauarbeiten bzw. die Abrissarbeiten sollen im kommenden Jahr beginnen. Bereits erfolgt seien die Modernisierungen

von Aldi und Lidl.

Wirtschaftliche Entwicklung

Auch im Bereich „Wirtschaftliche Entwicklung“ habe es viele positive Botschaften gegeben. Die Kreisstadt Merzig sei weiterhin ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort. Die Arbeitslosenquote liege aktuell mit 4,4 % deutlich unter dem Bundes- und Landesschnitt und sei damit die zweitniedrigste im Saarland. Beim bundesweitem Wirtschaftsscheck, Kategorie „Standortfaktoren“ liege die Kreisstadt Merzig mit einer durchschnittlichen öffentlichen Bewertung von 2,3 nach wie vor in einem hohen Bereich, insgesamt Rang 404 der 4.050 Top-Wirtschaftsstandorte Deutschlands, unter den besten 10 Prozent aller bewerteten Städte. Man habe erfolgreich die Imagekampagne „Ich bin Teil meiner Einkaufsstadt“ durchgeführt, um die lokalen Unternehmen zu unterstützen. Zudem sei die Digitalisierung des Merziger VHG-Einkaufsgutscheins ein zeitgemäßer Schritt zur Attraktivität der Einkaufsstadt Merzig gewesen. Im Ergebnis habe man vor wenigen Wochen den Sonderpreis für innovatives Stadtmarketing anlässlich des 7. „Marketing-Award-Saar“ des Marketingclubs Saar e.V. verliehen bekommen.

Schulen und Kitas

Auch bei den Schulen und Kitas habe sich im ablaufenden Jahr viel getan. So sei die Sanierung und Erweiterung der Kita St. Josef in der Kernstadt sowie der Ersatzneubau des von der Lebenshilfe betriebenen Schneckenhauses durchgeführt worden. Ebenso der Um- und Neubau der Grundschule Bieterberg zur Freiwilligen Ganztagschule als Dependance der Kreuzbergerschule. Hier sei der Start nach den Sommerferien 2026 vorgesehen. Beim Startchancenprogramm der Grundschule St. Josef habe sich einiges getan. Zudem sehe man Fortschritte bei den Bauarbeiten an der Grundschule Hilbringen zur Freiwilligen Ganztagschule.

Projekte in den Stadtteilen

Auch die Stadtteile seien massiv weiterentwickelt worden. So sei beispielsweise die Neuentwicklung des Ortszentrums Besseringen zu nennen. Der zweite Bauabschnitt stehe kurz vor der Fertigstellung, der Abschluss der Arbeiten sei, nach zweijähriger Bauzeit, für das Frühjahr 2026 vorgesehen. Die Erschließung des Neubaugebiets „Gröbelknöpfchen“ in Brotdorf sei umgesetzt worden. Zu Beginn des neuen Jahres wolle man mit der Vermarktung beginnen. Durch das Stadtteilbudget hätten auch in diesem Jahr zahlreiche kleinere Projekte umgesetzt werden können. Er gratuliere den Stadtteilen Menningen, Bietzen und Harlingen zum Sieg auf Kreisebene und zur Bronzemedaille auf Landesebene im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“. Ebenso gratuliere er dem Stadtteil Harlingen für den Sonderpreis des Kinder- und Jugendortsrats Harlingen für seine großartige Kinder- und Jugendarbeit.

Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz

Auch in den Bereichen Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz habe sich die Kreisstadt Merzig weiterentwickelt. So beispielsweise durch die Inbetriebnahme des Solarparks zwischen Merchingen und Brotdorf in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken sowie durch die geplante Errichtung eines Windparks mit drei Windenergieanlagen südwestlich von Mechern. Zudem habe man die kommunale Wärmeplanung beschlossen. Die Kreisstadt Merzig sei seit diesem Jahr förderndes Mitglied im Saar-Wald-Schutz e.V. Gemeinsam habe man bereits eine Baumpflanzaktion durchgeführt.

Sport und Kultur

Auch sportlich und kulturell habe man einiges in Merzig erleben können. Als Vorbereitung auf die „Special Olympics Nationalen Spiele im Saarland“ sei der Bau einer barrierefreien Toilette und eines Sozialraumes auf dem Sportgelände des TC Merzig beschlossen worden. Zudem sei die Fortführung des Clubheimbaus, als letzte Baumaßnahme im Zusammenhang mit der Modernisierung des Blättelbornstadions angegangen worden. In Merchingen sei ein neuer Kunstrasenplatz in Betrieb genommen worden. Auch in Bietzen solle im nächsten Jahr ein neuer Kunstrasenplatz verlegt werden. Ebenso hätten in der Stadthalle, in der Innenstadt sowie in den Stadtteilen phantastische Kulturveranstaltungen stattgefunden. Um für Planungssicherheit aller Beteiligten zu sorgen sei der Vertrag mit dem Kreiskulturzentrum Villa Fuchs verlängert worden.

Abschließend fasst der Vorsitzende einige weitere Themen stichwortartig zusammen, wie die Fertigstellung des Feuerwehrgerätehauses in Brotdorf. Im Bereich der Feuerwehren habe man in die Feuerwehrstandorte in Wellingen, Bietzen und Silwingen investiert. Ebenso die Einweihung der Außenanlage des JUZ „Kidztown“ in Brotdorf, die Eröffnung der neuen Strandbar „SaaRiviera“ mit Bootsverleih an der Saarseite zum Merziger Stadtpark sowie die Wiedereröffnung des Merziger Kinos.

Wie in den vergangenen Jahren habe es auch in diesem Jahr erfolgreiche Veranstaltungen in Merzig gegeben, durch die viele Menschen in die Stadt gekommen seien:

- 36. Sparkassen Cup
- Biathlon-Tour
- Neuauflage „Behördenturnier“ nach zehnjähriger Pause
- Viezfest
- Oktoberfest
- Blumenmarkt, Markt der Köstlichkeiten, Mondscheinmarkt
- Merziger Braunacht
- Hafenfest „AHOI“
- die beliebten Feste in den Stadtteilen
- aktuell der Weihnachtsmarkt im Rathausinnenhof

Der Vorsitzende teilt mit, dass man in allen Bereichen gemeinsam, Stadtrat und Stadtverwaltung, viel erreicht und umgesetzt habe und dies trotz zahlreicher Herausforderungen, für die man nahezu täglich innovative Lösungen habe finden müssen.

Die Aufstellung des städtischen Haushaltes werde angesichts der Vorgaben des Saarlandpaktes von Jahr zu Jahr schwieriger, was nicht nur den Fachbereich Finanzmanagement, sondern alle Fachbereiche betreffe. Auch die Sicherheitsanforderungen zur Durchführung von Veranstaltungen würden immer umfangreicher und somit kosten- und aufwandintensiver werden.

Der Vorsitzende betont, dass man trotz der schwierigen Rahmenbedingungen und den immer neuen Herausforderungen Vieles erreicht habe und man mit den Ergebnissen und Fortschritten dieses Jahres zufrieden sein könne. Er sei zuversichtlich, dass man auch gemeinsam die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen werde.

Er bedanke sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und für die konstruktiven Diskussionen miteinander.

Der Vorsitzende dankt in diesem Zusammenhang:

- den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern des Stadtrates sowie den verstorbenen Stadtverordneten Bernd Altpeter und Claudia Weiten
- den Ortsräten mit Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern
- den städtischen Beiräten
- Vereinen und Verbänden, die einen sehr wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisteten
- den Hilfsorganisationen (Feuerwehr, DRK, MHD, THW), Polizei und Bundeswehr
- der Presse
- Bürgermeister Christian Bies sowie den ehrenamtlichen Beigeordneten, für die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit
- den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (nicht nur in der Verwaltung; ebenso: Baubetriebshof, Kitas, in Grundschulen, im Bereich des Forstes, in Wolfs- und Tierpark)
- dem Personalrat
- den Geschäftsführern und Mitarbeitern der städtischen Gesellschaften

Er wünsche allen ein frohes und friedliches Fest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Fraktionsvorsitzende Auweiler (CDU-Fraktion) schließt sich den Dankesworten des Vorsitzenden an alle Beteiligten an. Hierbei geht sein Dank auch an die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher. Unsere Demokratie lebe von engagierten Menschen, die sich in ihrer Freizeit für die Gesellschaft einbringen und sich für das Fortführen einer guten Politik einsetzen würden. Ebenso danke er den Beiräten, Vereinen und Verbänden sowie den Hilfsorganisationen, der Presse, Polizei und Bundeswehr. Er danke der Verwaltung und insbesondere den ehrenamtlichen Beigeordneten, die auch in ihrer Freizeit die Kreisstadt Merzig mit großem Engagement vertreten würden. Auch danke er den Mitarbeitern des Baubetriebshofs, der Kitas, der Schulen, dem Forst und dem Wolfs- und Tierpark. Die Arbeit im Stadtrat sei hart aber fair. Man habe nicht in allen Punkten eine Meinung. Genau deswegen diskutiere man hart aber fair, um die besten Lösungen zu finden. Traditionell spende die CDU-Fraktion die Sitzungsgelder der letzten Sitzung für einen gemeinnützigen, wohltätigen Zweck, diesmal an den verunglückten Feuerwehrmann Dennis aus Fitten, um die harte Arbeit der Feuerwehr zu würdigen. Abschließend wünsche er allen alles Gute fürs neue Jahr und bedanke sich für die gute Zusammenarbeit.

Stadtratsmitglied Wusterhaus (SPD-Fraktion) dankt ebenfalls, im Namen der Fraktion, allen Beteiligten, die dazu beitragen würden, dass die Kreisstadt Merzig schöner werde und weiterwache. Auch die Mitglieder der SPD-Fraktion spendeten ihre Sitzungsgelder an den verunglückten Feuerwehrmann Dennis aus Fitten.

Stadtratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) spricht im Rückblick auf das Jahr ein Dankeschön an Oberbürgermeister Hoffeld, Bürgermeister Bies, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und allen Mitgliedern des Rates für die gute Zusammenarbeit sowie den Mitarbeitern der Presse für die faire Berichterstattung aus. Die Fraktion FWM/FDP spende ihre Sitzungsgelder an die Schule zum Broch, eine Förder- schule für geistige Entwicklung. Hier werde seit mehr als 50 Jahren wichtige soziale Ar-

beit geleistet, die gewürdigt werden solle. Er wünsche allen für das Jahr 2026 und darüber hinaus Gesundheit sowie eine weiterhin gute und respektvolle Zusammenarbeit.

Fraktionsvorsitzende Klees (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich seitens der Fraktion den Dankesworten seiner Vorredner an. Er bedanke sich bei allen für die gute Zusammenarbeit und die konstruktiven Diskussionen. Die Sitzungsgelder der letzten Sitzung spende man ebenfalls an Feuerwehrmann Dennis.

Stadtratsmitglied Willems AfD-Fraktion) teilt mit, dass die AfD-Fraktion ihre Sitzungsgelder an die Kita Brotdorf spenden werde. Sie danke der Verwaltung und den Mitgliedern des Stadtrates für die gute Zusammenarbeit und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für die Spende der Sitzungsgelder.